



Wanderer

Melteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtes Anzeigenblatt

"Der Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Poln.-Obersl. monatlich 8 $\frac{1}{2}$ Złoty, im Voraus zahlbar bei Saar. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 2 Złoty. — Preise freibleibend. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einpflanzige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einpflanzige mm-Zeile 0,12 $\frac{1}{2}$ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amalitische, Hinweis- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amalitische Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bzw. 0,40 Złoty. — Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Beleggebühr 4,— GM%. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Auktion oder bei Konkurs fällt jede Rabattbereitstellung fort.

Regierungskrise in Preußen

Cb. Berlin, 8. Januar. (Eig. Ber.) Die Regierungskrise in Preußen und im Reich steht heute früh wieder auf dem toten Punkt. Die Deutsche Volkspartei hat inzwischen die schärfste Opposition beschlossen und will mit allen parlamentarischen Mitteln gegen das Kumpfkabinett Braun vorgehen. Die kommunistische Landtagsfraktion hat die Einbringung eines Misstrauensvotums beschlossen.

Die Wahlreform

Von einem geschätzten parlamentarischen Mitarbeiter wird dem Wanderer geschrieben:

A. Berlin, 7. Januar.

Weiße Kreise des deutschen Volkes sehen dem Weiterwachsen des parlamentarischen Lebens mit großer Sorge entgegen. Denn die Parteidiktatur, die durch die Dezember-Wahlen überwunden werden sollte, erscheint heute genau so unentwirrbar wie zuvor, und die Frage ist berechtigt: Wäre es nicht anders und besser gekommen, wenn der alte Reichstag die Wahlreformvorlage verabschiedet hätte, ehe er aufgelöst wurde? Niemand kann wissen, welche Lebensdauer der neue Reichstag haben wird. Aber eines steht fest: Bei seinem mehr oder minder plötzlichen Ende darf nicht abermals abschließend gefragt werden: ja, aber die Wahlreform ist unerledigt geblieben.

Eine der ersten Aufgaben des Reichstages muss es sein, an die Verbesserung des Wahlrechts heran-

zugehen. Was mutig gethan! Was lehren die letzten und vorletzten Wahlen? Ist das herrschende Wahlrecht wirklich geeignet, ein reines Bild der deutschen Volksvertretung herzustellen? Steigen mit Hilfe des Listenstems überall die Verhältnisse, die durch ihre Leistungen, ihre Begebung und ihren Charakter höchstes Ansehen und allgemeines Vertrauen in im ganzen Volke erworben haben? Und geschieht das immer ohne Rücksicht auf Geld- und Klassen- oder Berufsinteressen? Wer die Verhältnisse kennt, der wird zugeben, daß die Listenwahl in großen Wahlkreisen nichts anderes ist, als das System peinlichster Verschärfung aller Klassenunterschiede und Sonderinteressen. Und nicht nur der Berücksichtigung dieser Interessen, sondern auch des unchristlichsten Wahlhandels mit ihnen. Professor Hölzlach, der neue badische Staatspräsident, hat das, was vor meinen, vor einiger Zeit mit folgenden Worten gegeben:

„Die geltende Form des Listenstems führt zur politischen Verbumming und Entstiftung. Sie beginntigt alle Verfeindeten, Mittelmäßigen und Strubbelosen im widerwärtigen Mischen um einen Listenplatz, sie zerstört das Verantwortungsgefühl der Abgeordneten vor den Wählern, sie setzt den Einfluß des Landes matt und lädt einen Parlamentsflug mit der Versicherung auf Gegenseitigkeit, — was alles uns nicht bloß die übelste, sondern dazu noch eine unerhörte talentlose Spezies des westlichen Parlamentarismus zu beschaffen droht.“

Auch wer nicht geneigt ist, so scharfe Kritik zu üben, wird sich doch der Wahrheit anschließen, die in der Begründung der dem vorherigen Reichstag einreichenden Regierungsvorlage ausgesprochen war. Diese Regierungsvorlage ging von der Auffassung aus, daß die verfassungstreuen Bestimmungen durch die Entwicklung des jetzigen Wahlrechts verstellt worden sind, daß das Wahlrecht eines seiner Hauptzwecks, nämlich die unmittelbare Wahl einer Wahlkommission, bei dem der Wähler weniger Einfluss hat. Theoretisch bleibt keine Stimme ausgewählt, praktisch aber hat bei ihm der Wähler sein wichtigstes Staatsbürgerecht so gut wie ganz verloren. Er muß in einfach die Wahlmöglichkeit hinnehmen, so wie sie ihm vorgestellt wird. Nicht einmal auf die Reihenfolge der Kandidaten hat er irgendwelchen Einfluss. Nach den Enttäuschungen der letzten Wahlen verlangen die Wähler, daß sie in den Stand gebracht werden, sich den Mann ihres Vertrauens wieder selbst zu wählen. Die Abgeordneten fordern, daß sie mit ihren Wählern von Anfang an in Diskussion kommen, ihre Anschauungen und Vorstellungen genau kennen und während der Sitzungen sozusagen auf dem Laufenden der Wahlkommission bleiben. Wie muß also die Reform aussehen? Sie muß im Rahmen der bisherigen Wahlkommission Nachprüfungen durch die Reichsregierung erfolgen. Das gesammelte Material soll in einer Gegenrede den Abgeordneten unterbreitet werden, so daß die ungünstigen Berichte der Kontrollkommission über die deutsche Entwicklung fortan an-

zuhören. Sie muß die Wählern, die inzwischen keine Rolle spielt, die diese Aufgabe darf sie jetzt entspannen wollen, wenn sie durch schnelle und gemeinsame Arbeit ge-

Befestigungsprobe für den Reichstag

Cb. Berlin, 7. Januar. (Privatell.) Die Frage der Regierungsbildung ist heute so gut wie entschieden. Der Kanzler will heute oder morgen vor den Reichstag mit dem neuen Kabinett treten, dessen erste Befestigungsprobe die Antwort auf die Botschafternote betreffend die Rücknahme des Kabinetts sein wird. Hinsichtlich der Situation in Preußen ist eine Entscheidung des Parteidiktautes von Interesse, wonach er eine Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse in Preußen nicht für vorliegend ansieht.

Aus den Parlamenten

Cb. Berlin, 8. Jan. (Eig. Ber.) Der Verteilungstag des preußischen Landtages tritt heute nachmittag 1 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht neben der Befreiung der Geschäftslage u. a. die Wahl des Landtagsvorsitzenden.

Der Verteilungsausschuss des Reichstages ist für heute vormittag 11 Uhr einzuberufen worden, um über die bestehenden Behandlungen des Reichstagesbeschlusses zu entscheiden. Die Kammer soll am 12. Januar einzuberufen werden. In Turin sind zwei Sachisten eröffnet worden.

Der Parteidiktaut geht weiter

Cb. Berlin, 8. Jan. (Eig. Ber.) Reichskanzler Marx hat für heute vormittag 11 Uhr wieder Vertreter der größeren Parteien zu sich berufen. Von einer Rückgabe seines Auftrags an den Reichspräsidenten ist nach den eigenen Erfahrungen des Kanzlers zu Parteidiktauten des Zentrums von gestern abend vorläufig keine Rede.

Lohnkämpfe im Bergbau

Cb. Halle, 8. Januar. (Eig. Ber.) Der für den sozialistischen Bergbau als verbindlich erlassene Tarifabspruch wurde in 17 Betriebsversammlungen des gestrigen Abends verabschiedet.

Knebelung der Rheinlande

Verbot von Kundgebungen

Cb. Köln, 8. Januar. (Privatell.) Der Tempel meldet aus Koblenz: Die interalliierte Rheinlandkommission hat auf Antrag der englischen Besatzungsbehörde ein allgemeines Verbot der Verbreitung von kommunalen Kundgebungen und Entschließungen gegen die Vertagung der Räumung Kölns beschlossen. Das Verbot gilt für das ganze besetzte Gebiet.

Beamtengehälter

Cb. Berlin, 7. Jan. (Privatell.) Im Reichsfinanzministerium haben heute die neuen Besprechungen über die Beamtenbedarfsforderungen begonnen. Da die neue Regierung noch nicht fertig konstituiert war, wurde die Fortsetzung der Besprechungen auf Donnerstag verlängert.

Neue Arbeiterkündigungen

Cb. Berlin, 8. Jan. (Privatell.) Die Gewerkschaften geben einige Hundert neue Kündigungen in der Groß-Berliner Industrie bekannt. Auch brachte die letzte Woche wieder 11 Insolvenzen. Auch in Berlin zeigen sich bisher so gut wie keine Entwicklungen der amerikanischen Kredite auf die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens.

Nachprüfung der Kontrolle

Cb. Berlin, 8. Jan. (Privatell.) Wie wir erfahren, sind über die letzten Kontrollberichte der Währungskommission Nachprüfungen durch die Reichsregierung erfolgt. Das gesammelte Material soll in einer Gegenrede den Abgeordneten unterbreitet werden, so daß die ungünstigen Berichte der Kontrollkommission über die deutsche Entwicklung fortan ge-

Ablehnung von Lohnverhöhungen

Cb. Berlin, 7. Jan. (Privatell.) Die Berliner Metall- und Holzindustrie haben die neuen Lohnforderungen der Arbeiterschaft abgeschafft. Die Rentabilität zahlreicher Betriebe sei ohnehin in Frage gestellt, da die Auslandsaufträge fehlen.

Deutscher Reichstag

Zöle Reichstagspräsident.

X Berlin, 7. Januar.

Die Regierungskrise ist leer. Die Präsidenten Abgeordnete Kopisch und Eduard Bernstein, die heute ihren 70. Geburtstag feiern, sind mit Blumensträußen geschmückt. Vor Beginn der Sitzung begrüßte Reichstagspräsident Marx die beiden Jubilare. Alterspräsident Dr. Gotha eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr, und gebietet der beiden Abgeordneten. Er spricht ihnen im Namen des Reichstages unter dem Beifall des Hauses die herzlichen Glückwünsche aus.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Wahl des Präsidenten des Reichstages, die durch Stimmzettel vorgenommen wird. Die Abgeordneten werden auferufen, und geben bei den Schriftführern ihre Stimmzettel ab. Es handelt sich um die Abgeordneten Löbe (Soz.), Wallraff (Dnat.), Kardorff (Dt. Bp.), Kardorff (Dt. Bp.), Kämmermann (Rom.) und voraußichtlich auch Fechnerbach (Cent.). Die Entscheidung fällt also erst im zweiten Wahlgange.

Um 3 Uhr war die Abstimmung beendet, und die Schriftführer begannen mit der Zählung. Um 3,15 Uhr verkündet der Alterspräsident das Ergebnis der Wahl. Von den 493 Abgeordneten hatten 447 ihre Stimmen abgegeben. Die absolute Mehrheit beträgt also 225. Es hatten erhalten der Abgeordnete Löbe (Soz.) 231 Stimmen (lebhafte Befall), der Abgeordnete Wallraff (Dnat.) 112 Stimmen, und der Abgeordnete von Kardorff (Dt. Bp.) 51 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind zerstreut. Der Alterspräsident stellt fest, daß Löbe damit schon im ersten Wahlgang zum Präsidenten des Reichstages gewählt ist. Löbe nimmt die Wahl an. Abgeordnete Löbe nimmt dann, mit lebhaftem Beifall begrüßt, sofort den Präsidentensitz ein, und dankt für das ihm durch die Wahl beiderreichten. Der Präsident erinnert dann an die Wirtschaftsverhandlungen und an die Aufwertungsfrage. Er gebietet zum Schluß der verfeierten Abgeordneten Dr. Künigier (Dt. Bp.) und Wallroth (Dnat.) und röhrt ihre Verdienste. Die Abgeordneten erheben sich zu Ehren der Verstorbenen vor ihren Plätzen. Der Präsident legt weiter schwere Worte gegen die ungerechtfertigte Besetzung deutscher Landes ein, und schließt mit einem Dank an den Alterspräsidenten und den bisherigen Präsidenten des Reichstages, der vor Schwierigkeiten gefanden habe, wie noch nie ein Reichstagspräsident.

Es folgt dann die Wahl der drei Vizepräsidenten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Im Namen der deutschnationalen Volkspartei schlägt ich den Abgeordneten Graef-Thüringen zum ersten Vizepräsidenten vor.

Da die Kommunisten gegen die Wahl durch Zuspruch einzuhalten, muß Zweitwahl erfolgen.

Bei der Wahl zum ersten Vizepräsidenten wurden 444 Stimmen abgegeben. Davon waren 48 Stimmen ungültig und 47 unbeschrieben. Auf den Abgeordneten Graef-Thüringen (Dnat.) entfielen 247 Stimmen, und auf Dr. Bell (Cent.) 116, auf Thaelmann (Rom.) 28. Zerstreut waren 55 Stimmen. Eine lautete auf Adolf Hitler. (Viertplatziert.)

Der Abgeordnete Graef-Thüringen ist damit zum ersten Vizepräsidenten gewählt und nimmt die Wahl an.

Zum zweiten Vizepräsidenten wird durch Zuspruch der Abgeordnete Dr. Bell (Cent.) gewählt, zum dritten Vizepräsidenten Dr. Kieser (D. Bp.). Es folgt danach die Wahl der 12 Schriftführer. Das Ergebnis der Schriftführerauswahl soll am Donnerstag mitgeteilt werden.

Auf der Tagesordnung steht dann die Beratung der kommunistischen Anträge, die Abstimmungen der Abgeordneten Seelert, Möller, Urbański, Pfleiffer, Rosenbaum (Rom.) befreien.

Abg. Schenck (Cent.) schlägt vor, die Anträge ohne Debatte zum Geschäftsvorordnungsausschluß zu überweisen. Damit sei den verfeierten Abgeordneten am besten gedient. Sollen die Kommunisten auf einer Diskussion bestehen, dann wird er beantragen, den Gegenstand vor der Gesamtordnung abzusetzen.

Abg. Schenck (Cent.) weist darauf hin, daß der Abgeordnete Urbański seit fünf Monaten und der Abgeordnete Pfleiffer seit zehn Monaten im Ge-

Städte unter Diktatur

Cb. Zürich, 8. Januar. (Eig. Ber.) Die „Zürcher Zeit“ meldet aus Rom: Italien steht unter der Diktatur. Die Verfolgung aller Gegner des herrschenden Regimes nimmt gräßlichen Umgang an. Der erste Tagesschiff des Finanzministers verzeichnete 45 gefasste Verbände und 100, 25 angeklagte politische Verbündungen, 655 Handlungen. Die Schleicher haben die Recht, alle ihnen geeigneten Straftaten zu ergreifen. Die Kammer soll am 12. Januar einberufen werden. In Turin sind zwei Sachisten eröffnet worden.

Hägerkrieg in Italien?

R. Rotterdam, 7. Jan. (Privatell.) Der Courant meldet aus Paris: Hier treffen zahlreiche italienische Sozialisten und Arbeiterführer ein, um ihrer Verhaftung durch Mussolini zu entgehen. Sie äußern sich über die italienischen Zustände höchst pessimistisch, der Ausbruch des Bürgerkriegs sei innerhalb kurzer Frist zu erwarten. Die Arbeiterklasse sei zum Entscheidungskampf entschlossen und erklart.

Stadtliches Sozialisten für Nichträumung

(-) Genf, 8. Januar. (Privatell.) Die Kommunisten melden, daß die Kommunisten der Deputiertenkammer eine Interpellation wegen der Nichträumung Kölns eingereicht haben. Die Interpellation habe leider keine Unterstützung durch die anderen Linksparteien erfahren, auch nicht durch die Sozialisten.

Stapellauf der „Enden“

Berlin, 7. Januar. Wilhelmshafen hat seit Beendigung des Krieges nicht mehr eine solche Menschenmenge gesehen, wie heute bei dem Stapellauf auf dem Kleinen Friedhof. Das mit Grün und Flaggenstern gezierte Schiff lag zum Stapellauf auf der Helling, von der jetzt große Kreuzer der Kaiserlichen Marine „von Hindenburg“ zum Stapel geladen war. Vor dem Bug des Schiffes waren die Tribünen für die Ehrengäste errichtet.

Um 10,40 traf der Chef der Marinestation Admiral Senler auf dem Festplatz ein und schritt unter den Ehrenbogen des Präfumentmarsches die Front der Kreuzerkouplagie ab. Auch Frau Müller, die Gattin des Abgeordneten a. D. war erschienen. Senler wurde von den Delegierten herzlich begrüßt.

Nach dem Abschreiten der Front führte Admiral Senler Frau auf die Tribüne, wo er die Freude hieß. Sodann vollzog Frau Müller die Zeremonie mit den Worten: „Ich kaufe dich „Enden“. Das Schiff ging dann nach 11 Uhr stücklich in Wasser.

Absturz lästiger Russen

R. Rotterdam, 8. Jan. (Privatell.) Die Londoner Morningpost meldet: Die unionistische Regierung hat die von der Arbeiterrégierung ausgestellte Außenstausbewilligung auf das untere Personal der Sondermission in England nicht verlängert. Es kommen 412 Sondertruppen in Betracht, von denen die Mehrheit bereits nach Russland zurückkehrte. Alle Sonderangehörigen die in Russland ein Schiff verlangen, um sich in die Regierung betreibenden Gesellschaften nach England zu begeben, werden unterrichtet, daß ihnen bloß fünf Tage Aufenthalt in Großbritannien gestattet sind.

Ein armer Parteidiktaut

Cb. Berlin, 8. Januar. (Eig. Bericht) Der Amtsgericht Berlin-Mitte ist gestern ein Arrestantrag der früheren Frau des verstorbenen sozialdemokratischen Millionärs Karthus eingegangen. Nach diesem Antrag beträgt das hinterlassene Vermögen 110 Millionen Goldmark.